

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolllamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1530
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 145.

Donnerstag, 25. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Wöhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Erscheinungstages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite, 4 mm hohe Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Hemdgröße Maßstab einseitig, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — druck- oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Der Steuerraubbau.

Es wird auch von den Finanzministern anerkannt, daß im Jahre 1924 mit Hilfe sehr hoher Steuern ein Raubbau an der deutschen Wirtschaft wie an den Bevölkerungsgruppen getrieben worden ist, um gewaltsam die Stabilisierung unserer Währung zu sichern und die Staatskasse zu füllen. Es wird eingestanden, daß die Steuern zum Teil nicht von Einkommen und Gewinn, sondern auch von der Substanz erhoben worden sind und daß man dieses Verfahren von rechts wegen durch Rückzahlung der über Gebühr erhobenen Beträge hätte ausgleichen müssen. Aber mit leider sehr guten Gründen konnte die Reichsfinanzverwaltung darauf hinweisen, daß eine nachträgliche Steuerberichtigung für das Jahr 1924 und eine Verrechnung mit den ungerichtet Geschöpften die technischen Kräfte der Steuerbehörden weit überfordern würde. Sie konnte und mußte auch schlichtlich eingestehen, daß zwar große Lieberkäufe über die Verschätzungen erzielt, daß sie jedoch bereits wieder ausgegeben seien. Fortwährend wandte sich der Reichsfinanzminister nur gegen die Länder und Gemeinden, weil auch sie gar zu sehr aus dem vollen Gewinn und des Ertrages der Zeit nicht genügend gedacht hätten. Bei alledem schickte eine klare Überlicht, wie hoch denn nun eigentlich die Einnahmen aller dieser Finanzverwaltungen im letzten Jahr gewesen sind, welchen Umfang also der Steuerraubbau angenommen hatte. Diese Lücke sucht jetzt das Organ der Handelskammern von Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen, die „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet“, durch eine eigene Berechnung auszufüllen. Danach würde die Gesamtverluste, die in Deutschland im Jahre 1924 aufgebracht worden sind, nicht weniger als 9,75 Milliarden Mark betragen haben und fast zur Hälfte für Reichszwecke, zum anderen Teil für Länder und Gemeinden ausgegeben worden sein. Die genannte Statistik stellt diesen riesigen Zahlen gegenüber, daß im Jahre 1923 für genau dieselben Zwecke in dem größeren Reich nur 4,4 Milliarden, also weniger als die Hälfte, verbraucht worden sind. Außerdem sind ja aber auch noch alle Gebühren und Taxen ganz erheblich erhöht worden. Man wird angesichts dieser erschreckenden Zahlen in der Tat fragen müssen, was die Finanzverwaltungen des Reichs, der Länder und Gemeinden dazu zu sagen haben und auf welche Weise sie den Mehrverbrauch künftig einzusparen beabsichtigen. Selbstverständlich ist mit der allgemeinen Entwertung des Geldes sowie mit den Verlusten, die der verlorene Krieg uns Deutschen im besonderen auferlegt, entsprechend zu rechnen; aber so gewaltig darf der Unterschied gegen früher doch unter keinen Umständen sein, und der ersten wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die jetzt immer deutlicher zu Tage tritt, muß von finanziellen Verwaltungen in ganz anderer Weise als bisher Rechnung getragen werden.

Vor der Einstellung des Personalabbaus.

vds. Berlin. Der Gesetzentwurf über die zweite Änderung der Personalabbaubestimmungen ist dem Reichstag zugegangen. Darin wird bestimmt, daß der allgemeine Personalabbau in sämtlichen Reichsverwaltungen und bei den Versicherungsträgern eingestellt wird. Die Vorlage sieht u. a. folgende wesentliche Verbesserungen gegenüber der Vorlage vor: 1.) Gänzliche Aufhebung der für Beamte und Angestellte geltende Abbaubestimmungen. 2.) Beilegung der Pensionierungsbestimmungen. 3.) Gewährung von Abfindungssummen an verbeiratete weibliche Beamte, die aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden. 4.) Herabsetzung der Mindestaltersgrenze und des Höchstbetrages des Wartegeldes. 5.) Einschränkung der Einstellungsziffer; besondere Berücksichtigung der Versorgungsämter und Schlichterbeschäftigten bei Einstellung von Beamten. 6.) Einschränkung der Vorschriften über das Ruhen des Rechts auf den Bezug von Witwen- und Waisengeld, falls die Witwen oder Waisen ein Dienst-einkommen haben, oder die Witwen eine Pension aus öffentlichen Mitteln beziehen.

Kompromiß über Bier- und Tabaksteuer.

vds. Berlin. Nachdem gestern vormittag der Steuer- und Wirtschaftsausschuß des Reichstages die Regierungsvorlage über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer abgelehnt hatte, wies auch die Wirtschaftspartei gegen die Vorlage stimmte, hatte der Finanzminister von Schlieffen im Laufe des Nachmittags eine Vorgespräch mit den Vertretern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. Das Ergebnis der Vorgespräch war ein auch von der Wirtschaftspartei gebilligtes Kompromiß, wonach die Erhöhung der Biersteuer nur halb so hoch, wie die Regierung vorgeschlagen hatte, bewilligt werden soll und bei der Tabaksteuer die Erhöhung für Zigarren und Tabak fortlassen soll und nur die Zigaretten nach dem Vorschlag der Regierungsvorlage besteuert werden sollten. Da die Vorlage im Ausschuss ganz gefallen ist, wird sie in der Kompromißfassung durch einen Initiativantrag der genannten Parteien im Plenum wieder hergestellt werden, der am Donnerstag eingebracht werden soll.

Die Zollvorlage vor dem Reichstage.

Einleitende Rede des Finanzministers.

vds. Berlin, 24. Juni 1925.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Luther, Reichsfinanzminister v. Schlieffen, Reichsernährungsminister Graf Moltke.

Das Haus ist nur schwach besetzt.

Präsident Voigt eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 45 Min.

Erste Lesung der Zollvorlage.

Reichsfinanzminister von Schlieffen

leitet die erste Lesung ein und weist darauf hin, daß der Reichstag der Vorlage bereits zugestimmt hat. Es kann wohl nicht bestritten werden, so erklärt der Minister, daß unter jetzt geltender Zolltarif veraltet ist. Es sind jetzt 24 1/2 Jahre her, daß dieser Zolltarif hier im Reichstage zur Annahme empfohlen wurde. Jetzt ist er veraltet sowohl in seinem Aufbau, wie auch in seinen Zielen. Die Technik hat inzwischen außerordentliche Fortschritte gemacht, die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert. Daher entspricht auch die Gliederung unseres Tarifs nicht mehr der Bedürfnisse, das Gleiche gilt von der Höhe der einzelnen Tariffüsse. Durch die Geldentwertung ist das Niveau des Zolltarifs herabgedrückt worden, während die Produktionskosten im Inlande durch die vermehrten Steuererlöse, erhöhten Frachten, gesteigerten Rohstoffpreise sehr bedeutend gewachsen sind.

Dieser kommt, daß das Ausland keine Zollschranken bis zur schwebelnden Höhe emporgeschoben hat. Die Einfuhrverbote können nur noch eine kurze Lebensdauer haben. Sie müssen verschwinden, wenn unsere Produkte, Deutschland wieder in die Weltwirtschaft einzufügen, Erlöse haben sollen. Wir müssen eine Verständigung zu Tarifverhandlungen mit anderen Ländern erzielen. Die Regierung hat daher Herr Reichstag, daß die Vorlage mit allergrößter Eile eingebracht wird (Lachen links), da sonst die schon eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen zum Stillstand kommen müßten.

Die Reichsregierung hat bei der Verfolgung ihres Ziels, den Zolltarif zu modernisieren, sich auf das Beschränkt, was in kurzer Zeit erreichbar ist. Sie hat die Gliederung des Tarifs nur dort geändert, wo ein unaufschiebbares wirtschaftliches Bedürfnis dazu vorliegt. Auch bei der Revision der Höhe hat sie sich auf das unbedingt Erforderliche beschränkt. Eine gründliche Neuregelung ist der großen Zolltarifrevision vorbehalten.

Es muß anerkannt werden, so erklärt der Minister weiter, mit dem Ziel der Arbeitsbeschaffung, durch die für eine große Reihe von Erzeugnissen in jenen Zeiten der Zwangswirtschaft der Zoll vorübergehend aufgehoben worden ist. Während für einen großen Teil dieser Erzeugnisse sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft diese Zollfreiheit inzwischen wieder beseitigt worden ist, sind es jetzt im wesentlichen nur noch die großen Gruppen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Getreide, Vieh, Fleisch, Felle, Gemüse, Eier, Milchprodukte und Zucker, für die die Zollfreiheit und damit eine große Lücke im Saum der deutschen Wirtschaft besteht.

Es ist die Pflicht und Aufgabe der Reichsregierung, durch Wiedererfüllung agrarischer Rölle (Lachen, Widerspruch links) folgenden beiden wichtigen Zielen zu entsprechen:

1. das notwendige Nutzen in Form von Verhandlungsziffern zu schaffen, die wir brauchen, um mit anderen Ländern, namentlich Ländern bedeutender landwirtschaftlicher Produktion, unserer Ausfuhr förderliche Tarifverträge abzuschließen zu können,

2. aber, was noch wichtiger ist, der Landwirtschaft als einen so überaus bedeutsamen Faktor der nationalen Arbeit denjenigen Schutz zu sichern, der ihr aus Gründen der Parität gegenüber den Industriezweigen gewährt werden muß, wenn nicht eine gefährliche Störung des Gleichgewichts die Folge sein soll. (Beifall rechts, Lachen links.)

Es geschieht das unter weitgehender Rücksichtnahme auf die Verbraucherschaft (Lachen links), deren dauerndes Interesse jedoch mit dem Bestehen einer intensiven und leistungsfähigen Landwirtschaft durchaus verbunden ist. (Zustimmung rechts, erneutes Gelächter links.)

Die Mindestzölle als System, d. h. den Minimumtarif, lehnt die Reichsregierung ab. Sie hält grundsätzlich an dem Einheitszolltarif fest. Was man aber im System verwerfen muß, das kann als Ausnahme nützlich und sogar notwendig sein, und solche Notwendigkeit nimmt die Reichsregierung für die Mindestzölle als gegeben an. Das Vorhandensein von Mindestzöllen im Tarifrecht, wenn sie nur Ausnahmen darstellen, ist eine sehr starke Gewähr für die Aufrechterhaltung des Zollschutzes. Die Reichsregierung wird an die Neuregelung des Einheitszolls sofort nach Verabschiedung der Vorlage herantreten.

Der Minister verweist dann zum Schluß seiner Ausführungen auf die große Bedeutung der Vorlage für die deutsche Produktion und die deutsche Handelspolitik. Das bereits unterzeichnete Handelsabkommen mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsgemeinschaft beruht bereits auf dem im Entwurf vorgezeichneten Zollsystem. Ebenso werden die Gesetze den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Italien zugrunde gelegt. Zur Erzielung eines ähnlichen Abchlusses dieser Verhandlungen, sowie zur Aufnahme und Fortführung sonstiger Handelsvertragsverhandlungen ist es unbedingt erforderlich, daß die Vorlage (Schweigend verabschiedet wird. Der Minister bittet daher, die Beratungen im Plenum und in den Ausschüssen so zu fördern, daß die Vorlage unter allen Umständen noch vor

den Sommerferien Gehehrt erlangt. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Abg. Biffell (Soz.) fragt nach den Zielen der Regierung für die Zoll- und Handelspolitik. Die Vorlage sei auf jeden Fall höchstzulässig. Warum habe der Minister den Gesetzentwurf erst so spät eingebracht, wenn er ihn so notwendig brauche? Will die Regierung die Zollvorlage etwa zu hoch annehmen lassen? Den Berechnungen des Ministers, man solle auf die Verbraucherschaft Rücksicht nehmen, kann man nicht Glauben schenken. Die Regierung habe nur deswegen die Industriezölle mit den Agrarzöllen vermischt, um damit den Deutschnationalen die Zustimmung zur Vorlage zu ermöglichen und ihnen eine Gegenprobe für ihre Einwilligung zum spanischen Handelsvertrag zu gewähren. (Zehr wahr! links, Widerspruch rechts.) Die Sozialdemokratische Fraktion denke nicht daran, diese Zollvorlage mitzumachen. Der Redner weist auf die Steigerung der Lebensmittelpreise hin. Jetzt wolle man dem Großhandelsstand auf Kosten der breiten Masse die Grundrente erhöhen. Der Redner fordert Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Die Höhe der Reichsverschulter seien verkleinert und verlegt (Weiß, links.)

Abg. Lhomieu (Dnt.) bedauert die späte Vorlegung der Zollvorlage, da sie für den deutschen Außenhandel die Grundlage schaffen soll. Jetzt müßte sie aber schleunigst durchberaten werden, damit die deutschen Vertreter bei den Handelsvertragsverhandlungen eine Handhabe bekommen. Wenn die Ante behauptet, daß die Deutschnationalen die Außenpolitik der jetzigen Regierung nur unterstützen wegen der Agrarzölle, so möge Herr Biffell die Haltung der Deutschnationalen in den außenpolitischen Fragen nur ruhig abwarten. Die Zollvorlage, die ja nur ein Provisorium sei, diene dem Schutze der lebensfähigen heimischen Produktion. Sie dürfe nicht zum Kampfel zwischen Verbrauchern und Erzeugern, zwischen Landwirtschaft und Industrie werden. Die Zukunft unserer 12 Millionen Industriearbeiter hänge durchaus von der Produktivität der Landwirtschaft ab. Die Zollfrage seien vielmehr zu gering, um als geeignete Grundlage für Handelsvertragsverhandlungen zu dienen. (Zustimmung rechts.) Es sche nicht an, daß die Industrie durch die Zollvorlage, die Landwirtschaft aber nicht. Der Redner fordert Beseitigung des verwerflichen Zwischenhandels und Beschränkung der Vorkaufspreise.

Abg. Dr. Dehauer (Zentr.) bezeichnet die Zollvorlage als schwer zu tragen, aber im allgemeinen als unvermeidlich und unaufschiebbar. Die Frage dränge zur Lösung, weil die gesamte deutsche Wirtschaft von getrockneten Beziehungen zum Ausland unbedingt abhängig. Das Zentrum sehe in dem Zolltarif ein unvermeidliches, notwendiges Mittel, zu Handelsverträgen zu gelangen, d. h. der deutschen Ware im Ausland eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Die Landwirtschaft leide schwer. Das Unheil, das den deutschen Bürgerstand getroffen habe, dürfe nicht auf die übrigen Teile der deutschen Landwirtschaft fallen. Der Redner erklärt sich bereit, an der Erledigung der Vorlage mitzuarbeiten und seine Arbeit zu leisten. Änderungen müssen natürlich vorgenommen werden. Jeder Erwerbszweig müsse berücksichtigt, daß auch der andere berechnete Interessen habe. Wir wollen, so schließt der Redner, für das gesamte Vaterland sorgen (Beifall.)

Abg. Dr. Schneider-Dresden (DVP) hebt hervor, daß die Vorlage dringlich sei und schon vor einem Jahre hätte gemacht werden müssen. Es könne nicht länger gewartet werden. Man müsse gewissenhafte, aber rasche Arbeit leisten. Der Redner sieht in der Vorlage nur die Fortsetzung der herkömmlichen deutschen Handelspolitik. Er stellt fest, daß die anderen Staaten ihre Zölle viel höher gestellt hätten als wir, so die Schweiz, Italien, England, Bulgarien. Ein einziger Staat könne nicht innerhalb anderen hochschützender Zölle Staaten Freihandel treiben. Wir arbeiten mit 30 bis 40 Prozent Leerlauf in unserer Industrie und können unsere Schulden an das Ausland nur bezahlen, wenn wir exportieren können. Unsere Handelsbedürfnisse zwingen uns zum Vergleich mit anderen Staaten. Deutschland habe in der Inflationszeit keine Kaufkraft und kein Betriebskapital verloren, sei verarmt und habe noch die Reparationslasten zu tragen. Es könne daher nicht allein durch Freihandel seine Tore anderen Staaten öffnen, die sie von uns abschließen. Die deutsche Schutzpolitik sei notwendig für Landwirtschaft und Industrie.

Abg. Dr. Roienberg (Dnt.) hält es für zwecklos, die Regierung nach ihren Zielen zu fragen. Obenstige könne man Palmen am Nordpol erwarten. Die Herren von der Industrie würden ihr Schicksal ins Trockne bringen und die Landwirte würden dann als betäubte Vogelerber beisehen. Die Weltmarktpreise für Getreide seien höher als die deutschen, damit entfalle die Notwendigkeit des Zollschutzes. Der Redner bietet den Sozialdemokraten eine Kampfgemeinschaft gegen die Zollvorlage an.

Abg. Mehr (Wirtschaftl. Vereinig.) hält das Gesetz für durchaus notwendig. Das Fehlen von Zollziffern habe sich bei den bisherigen Handelsvertragsverhandlungen schon sehr nachteilig erwiesen. Das Ausland habe sich mit Zollmaximen umgeben, und die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse begegne großen Schwierigkeiten.

Abg. Dr. Forstner (Bayr. VP.) betonte die Notwendigkeit einer vaterländischen, nationalen Wirtschaftspolitik. Deutschland stehe einem vollgerüsteten Ausland gegenüber und müsse diese Rüstung für sich selbst schaffen. Es dürfe nicht der Elend anderer Völker werden. Ein Verlagsantrag wird angenommen. Donnerstag 2 1/2 Uhr: Weiterberatung.